

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

über die 7. Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Toronto (Kanada) vom 18. bis 21. September 2008

- I Einleitung
- II Eröffnungssitzung
- III Mittelmeer-Forum
- IV Sitzung des Ständigen Ausschusses
- V Ausschusssitzungen
 - V.1 Sitzung des Ausschusses für politische Angelegenheiten und Sicherheit zum Thema „Der Konflikt in Georgien“
 - V.2 Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt
 - V.3 Sitzung des Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

I Einleitung

Vom 18. bis 21. September 2008 fand die Herbsttagung der OSZE PV in Toronto/Kanada statt. Von deutscher Seite nahmen teil:

Abg. **Hans Raidel** (CDU/CSU, amtierender Delegationsleiter)

Abg. **Uwe Beckmeyer** (SPD)

Abg. **Hans-Georg Wellmann** (CDU/CSU)

Abg. **Michael Georg Link** (FDP)

An der Herbsttagung nahmen ca. 200 Delegierte aus 49 der 56 OSZE Länder teil. Begrüßt wurden die Delegierten vom Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung, **João Soares** (Portugal), der dem Parlament von Kanada für die Ausrichtung der Konferenz dankte. Im Rahmen der Herbsttagung sprachen zu den Delegierten des Herbsttreffens: **Jerahmiel Grafstein** (Kanada), Vize-Präsident der OSZE PV, **Alcee L. Hastings**, Sonderbeauftragter der OSZE PV für die Mittelmeerregion und Vorsitzender der Helsinki-Kommission; Senator **Consiglio Di Nino**, Delegationsleiter der kanadischen Delegation in der OSZE PV und Vor-

sitzender der Herbsttagung 2008, Präsident Emeritus **Göran Lenmarker** (Schweden) sowie **Noël A. Kinsella**, Präsident des kanadischen Senats.

Grundsatzreferate zum Thema „Mittelmeerunion und die Mittelmeerdimension der OSZE“ hielten **Gilles Mentré**, Generalsekretär der Task Force der Union für das Mittelmeer sowie **Mara Marinaki**, Ständige Vertreterin Griechenlands bei der OSZE und Vorsitzende der Kontaktgruppe der OSZE „Mittelmeerpartner für Zusammenarbeit“. Das Grundsatzreferat zum Thema „Die OSZE in einer offenen Welt“ wurde von **Gareth Evans**, Präsident und Geschäftsführer der International Crisis Group, gehalten. Zum Thema „Wirtschaft und Umwelt“ hielten **Paul Evans**, Geschäftsführer der Asian Pacific Foundation aus Kanada und Prof. **Debra Steger**, Universität Ottawa, Direktorin des EDGE (Emerging, Dynamic, Global Economics) Network, Grundsatzreferate. Zum Thema „Sicherheit und politische Dimension: Die gegenwärtige Krise in Georgien“ sprachen **Eka Tkeshelashvili**, Außenministerin Georgien, und Botschafter **Vitaly Churkin**, ständiger Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen, **Aleksi Härkönen**, Leiter der Task Force im finnischen Außenministerium, Marc Perrin de Brichambaut, Generalsekretär der OSZE, sowie **Kassym-Jomart Tokayev**, Parlamentspräsident der Republik Kasachstan. Zur „menschlichen Dimension“ sprachen **Janez Lenarcic**, Direktor ODIHR, sowie **Peter Schatzer**, Direktor IOM (International Organization for Migration), und **Ratna Omidvar**, Vorsitzende des Toronto Region Immigrant Employment Council.

Die deutsche Delegation führte am Rande der Konferenz ein Gespräch mit dem deutschen Generalkonsul in Toronto, Holger Raasch.

II Eröffnungssitzung

Präsident **João Soares** (Portugal) stellte in seiner Eröffnungsrede fest, dass sich die Welt seit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki 1975 unzweifelhaft verändert habe, die Probleme und Herausforderungen damals wie heute jedoch ähnlich seien. In Helsinki hätten die Themen fairer Handel, Sicherheit und Migration eine zentrale Rolle gespielt. Das sei heute noch genauso und diese Themen würden auch in Zukunft auf der Tagesordnung stehen. Gleiches gelte z. B. auch für den Vertrag über konventionelle Abrüstung, den Kampf gegen Intoleranz oder die Beachtung der OSZE-Standards für Wahlen. Präsident Soares machte deutlich, dass er sich um mehr Ausgewogenheit der Aktivitäten der Organisation – „westlich

und östlich von Wien“ - bemühen werde. Wahlbeobachtung und Gleichstellung seien weitere oberste Prioritäten der Organisation.

Der Leiter der kanadischen Delegation und Gastgeber, **Consiglio di Nino** (Kanada), betonte, dass die auf dieser Konferenz behandelte Thematik in den letzten Jahren fundamental das weltweite Kräftespiel beeinflusst habe. Der Wert einer solchen Konferenz liege darin, dass ein solches Forum Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Gelegenheit biete, sich auszutauschen und Problemlösungen zu diskutieren. Der Krise im Kaukasus werde man sich intensiv im ersten Ausschuss widmen. Er halte eine offene Diskussion hierüber für unabdingbar und forderte die Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf, den Blick für das Gemeinsame nicht zu verlieren.

Der Präsident des kanadischen Senats, **Noël A. Kinsella**, unterstrich, dass Kanada auf die interparlamentarische Zusammenarbeit großen Wert lege. Dazu gehöre, wie bereits vom Präsidenten der OSZE PV, João Soares, angesprochen, die wichtige Rolle, die Parlamentarierinnen und Parlamentarier bei der Begleitung von Verhandlungen der Exekutive spielen könnten. Die andere Sicht der Dinge könne den Blick auf neue Lösungsansätze öffnen. Er unterstrich, dass die von der OSZE vertretenen Werte hinsichtlich der humanitären, politisch-militärischen und ökologischen Dimension von Kanada voll und ganz unterstützt würden. Die weltweiten technologischen Veränderungen in den Bereichen Handel, Kommunikation und Industrieprodukten zeigten die Bedeutung von Wissen und Ausbildung. Beim Zugang zu Wissen und Ausbildung gelte es, Ungleichheiten und Hindernisse abzubauen.

Gareth Evans, Präsident und Geschäftsführer der International Crisis Group, befasste sich in seinem Beitrag vorrangig mit dem russisch-georgischen Konflikt und seinen Auswirkungen auf die geopolitische Situation in der Region. Wenn man sich die sicherheitspolitische Rolle der OSZE vor Augen halte, komme man seines Erachtens nicht umhin, die gegenwärtige Sicherheitsarchitektur im Nachgang zu diesem Konflikt zu problematisieren, weil die geopolitische Landkarte unsicherer und potenziell gefährlicher sei als noch 1990. Demzufolge müsse man darüber nachdenken, welche Sicherheitsinstitution in der Region gebraucht werde.

Solche Überlegungen negierten nicht die positive Arbeit, die die OSZE in vielen Bereichen (Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie und Umwelt, aber auch bei humanitären Fragen, Demokratisierung usw.) geleistet habe. Die Rolle der OSZE im Bereich Konfliktbeobachtung

und ihre Unparteilichkeit seien unbestritten. Gerade dieses von allen Seiten ihr entgegengebrachte Vertrauen und die bereits langjährig bestehende OSZE-Mission in Südossetien hätten zu einer viel kürzeren Reaktionszeit geführt, als sie oftmals bei Missionen der Vereinten Nationen zu beobachten sei.

Über diese Beobachtungsaufgaben hinaus müsse die OSZE allerdings eine weiter gesteckte Rolle bei der Konfliktvermeidung in einem neuen regionalen Sicherheitsumfeld einnehmen. Einen wichtigen Teil dieses Systems stelle das Konfliktverhütungszentrum der OSZE mit seiner Frühwarnfunktion sowie den von der OSZE nach Konflikten eingeleiteten operativen Maßnahmen zur Vertrauensbildung dar. Die Möglichkeiten der Organisation mit ihrem umfassenden Sicherheitshorizont, der Fokussierung auf die humanitäre Dimension und der intensiven Befassung mit schwierigen und sensiblen Minderheitenfragen, versetze sie mehr als jede andere Organisation in die Lage, den vorhandenen Herausforderungen zu begegnen oder sich auf entstehende Konflikte adäquat einzustellen. Wenn die Teilnehmerstaaten der OSZE an einer wirklichen Deeskalation und einem Abbau der Spannungen im Kaukasus interessiert seien, gebe es keine geeignetere Institution als die OSZE, die zudem historische Wurzeln in der Region habe.

Die Aufgabe der Parlamentarischen Versammlung der OSZE bestehe in diesem Zusammenhang darin, die „richtige“ Atmosphäre für eine erfolgreiche Deeskalation zu schaffen, sowohl durch ihre Beschlüsse als auch durch die Aktivitäten des Präsidenten und der Sonderbotschafter.

In der darauf folgenden Diskussion ergriffen zehn Parlamentarierinnen und Parlamentarier das Wort. Einig waren sie sich darin, dass der aktuelle Konflikt zwischen Russland und Georgien nicht zu einem Wendepunkt für das Verhältnis der OSZE zu den Konfliktparteien werden dürfe. Die Reaktion der OSZE müsse sich an den von ihr aufgestellten Prinzipien orientieren. Dazu sei es wichtig, zuerst einmal eine Klärung der Fakten herbeizuführen und die humanitären Probleme anzugehen und einen Dialog zusammen mit den Konfliktparteien anzustoßen.

III Mittelmeer-Forum

Die Sitzung des Mittelmeer-Forums wurde von **Jerahmiel Grafstein** (Kanada), Vizepräsident der OSZE PV, geleitet. Das Forum befasste sich diesmal mit multilateralen Initiativen und

deren Zielsetzung, Integration und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum zu fördern. Bei dem Forum waren auch hohe Vertreter aus Algerien, Jordanien, Marokko und Israel vertreten.

Der Vorsitzende **Jerahmiel Grafstein** wie auch der Präsident der OSZE PV, **João Soares**, stellten in ihren Eröffnungsworten die Bedeutung der Region sowohl für Frieden und Sicherheit sowie eines gemeinsamen Handelsraums heraus.

Der Sonderbeauftragte für die Angelegenheiten des Mittelmeerraumes, **Alcee L. Hastings** (USA), strich besonders die Bedeutung der parlamentarischen Ebene bei der Begleitung des entstandenen Diskussionsprozesses heraus. Die Sicherheit in Europa sei auf das Engste mit einer friedlichen Entwicklung im Mittelmeerraum verknüpft. Es komme zudem darauf an, die wirtschaftliche Entwicklung aller Länder in diesem Raum durch den Ausbau des freien Handels zu fördern. Die Flüchtlingsproblematik im Mittelmeerraum sei weiterhin ungelöst. Hier müsse die internationale Gemeinschaft mehr Aktivitäten entfalten, wenn es nicht zu einer Ausweitung der humanitären Krise kommen solle.

Der Vertreter des französischen Außenministeriums, **Gilles Mentré**, stellte die Vorstellungen Frankreichs für die weitere Entwicklung der europäischen euromediterranen Partnerschaft, der Union für das Mittelmeer, vor. Diese Initiative, die aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den Nicht-EU-Länder an den Küsten des Mittelmeers bestehe, ziele auf eine Förderung der Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Sicherheit, Umweltschutz, Kontrolle der Wanderungsbewegungen und Handel und vereine diese im Kampf gegen Korruption, Terrorismus, organisierte Kriminalität und Menschenhandel. Insbesondere der Frage der Wasserreinhaltung des Mittelmeeres werde besondere Beachtung geschenkt. Hierzu werde ein wissenschaftliches Forum geschaffen, auf dem diese Frage permanent behandelt werde. Auch in den anderen Problemfeldern seien Projekte unter Beteiligung der Zivilgesellschaften, territorialer Gruppe und der Wirtschaft geplant. Der nächste Gipfel der „Union für das Mittelmeer“ sei 2010 vorgesehen. Er hoffe, dass auf diesem Gipfel bereits über erste Umsetzungsschritte diskutiert werden könne.

Die ständige Botschafterin Griechenlands bei der OSZE und Vorsitzende der OSZE-Kontaktgruppe zu den Partnern des Mittelmeerraumes, **Mara Marinaki**, unterstrich, dass Griechenland während seiner OSZE-Präsidentschaft im Jahr 2009 auf dieses Thema besonderen Wert legen und sich für eine weitere Stärkung der Dimension des Mittelmeerraumes ein-

setzen werde. Eine besondere Problematik im Mittelmeerraum sei die Migration, für die nicht nur aus humanitären, sondern auch aus Sicherheitsgründen Lösungen gefunden werden müssten.

In der auf die Statements folgenden Diskussion ergriffen 20 Parlamentarierinnen und Parlamentarier das Wort. Sie unterstrichen darin die Notwendigkeit, den „Süden“ nicht zu vergessen und der Lösung der angesprochenen Probleme (Migration, Umwelt, Terrorismus, Handel usw.) zum Wohl der gesamten Region zusammenzuarbeiten. Einige Beiträge wiesen allerdings auch darauf hin, dass bei den geplanten Projekten noch eine Reihe von Fragen, wie der nach den Zuständigkeiten für die einzelnen Projekte und der der Ansiedlung des erweiterten Sekretariats offen seien. Es komme jetzt darauf an, die Projekte den Bedürfnissen anzupassen und so schnell wie möglich auf den Weg zu bringen.

IV Sitzung des Ständigen Ausschusses

Die Sitzung des Ständigen Ausschusses wurde vom Präsidenten der OSZE PV, **João Soares** (Portugal), geleitet. In seinem kurzen Bericht unterstrich er den Beitrag der Parlamentarischen Versammlung zur Aufrechterhaltung des Dialogs in der Georgienkrise. Er habe zur Unterstützung dieser Aktivitäten den früheren Präsidenten der OSZE PV, Göran Lenmarker, zum Sondergesandten ernannt und sei auch selbst Anfang September nach Moskau gereist, wo er mit Regierungs- und Parlamentsvertretern über die Krise gesprochen habe. Er kündigte an, dass die PV sich auch weiterhin intensiv mit diesem Thema auseinandersetzen werde.

Der Schatzmeister der OSZE PV, Abg. **Hans Raidel**, legte dem Ausschuss seinen Rechenschaftsbericht vor. Er erläuterte, dass die Finanzsituation der OSZE PV ausgeglichen sei, was auch durch das externe Wirtschaftsprüfungsunternehmen KPMG bestätigt werde. Die Anregung, im Vorfeld der Jahresversammlung den Entwurf des Finanzberichts der OSZE PV früher als bisher zu versenden, nahm er gerne auf. Er dankte dem Finanzreferenten der OSZE, Per-Henrik Durr, der das internationale Sekretariat verlassen wird, im Namen der PV für langjährige gute Zusammenarbeit.

Generalsekretär **Spencer Oliver** ging in seinem Bericht insbesondere auf die Öffentlichkeitsarbeit der OSZE PV und auf das „Research Fellowship“ Programm, bei dem junge Studenten für sechs Monate im internationalen Sekretariat arbeiteten, ein. Er wies darauf hin, dass das Sekretariat zurzeit dabei sei, die Internetseite der OSZE PV zu überarbeiten.

Die Sonderbeauftragte für Genderfragen und Vizepräsidentin der OSZE PV, **Tone Tingsgård**, kündigte einen Vorschlag zur Änderung der Geschäftsordnung an, der zum Ziel habe, die „Gender-Zusammensetzung“ der nationalen Delegationen zu verbessern.

Botschafter **Alexi Härkönen**, Leiter einer im finnischen Außenministerium gebildeten Task Force, stellte fest, dass die Georgienkrise zurzeit die Arbeit des „Chairman in Office“ voll und ganz ausfülle. Er vertrat die Auffassung, dass die OSZE ihre Möglichkeiten in Georgien nutzen solle, da keine der Konfliktparteien sie gebeten habe, ihre dortige Mission zu beenden. Dies sei grundsätzlich positiv zu bewerten und stelle die Basis für weitere Aktivitäten dar. Er unterstrich hierfür nochmals die Notwendigkeit der engen Zusammenarbeit zwischen der OSZE und der OSZE PV.

Der Generalsekretär der OSZE, Botschafter **Marc Perrin de Brichambaut**, informierte insbesondere über den Haushalt der OSZE. Dieser liege zurzeit bei ca. 168 Mio. Euro. Viele Teilnehmerstaaten dächten allerdings darüber nach, eine Beitragshöchstgrenze einzuführen. Dass die Haushaltsfragen immer schwieriger zu verhandeln seien, zeige sich auch darin, dass der Haushalt der OSZE meist erst spät verabschiedet werden könne. Für 2009 sei keine Anhebung des Budgets vorgesehen. Die Mittel für das Sekretariat stiegen jedoch absolut, weil zusätzliche Aufgaben zu bewältigen seien. In der folgenden Debatte regten die Mitglieder der PV an, dass sich die Leiter der Feldmissionen der OSZE stärker in die Arbeit der PV einbringen sollten.

V Ausschusssitzungen

V.1 Sitzung des Ausschusses für politische Angelegenheiten und Sicherheit

Präsident **João Soares** stellte zu dieser Sonderdebatte zum Thema „Georgienkrise“ einleitend fest, dass der Konflikt um Georgien für die OSZE schwierige Wochen mit sich gebracht habe und eine alle Seiten befriedigende Lösung noch ausstehe. Es sei nicht die Aufgabe von Parlamentariern, Friedensverhandlungen zu führen. Es sei aber deren Aufgabe, solche Verhandlungen durch die Sicherstellung der Dialogbereitschaft zu unterstützen. Er sehe den Schwerpunkt der heutigen Debatte darin, die im Rahmen der Herbsttagung bestehenden Möglichkeiten zur Fortführung des Dialogs zu nutzen. Dass ein Dialog im Rahmen der OSZE PV möglich sei, stelle bereits einen Mehrwert an sich dar. Es werde zu diesem Thema keine Abstimmung geben. Er rief weiter dazu auf, intensiv nach Lösungen für den Konflikt zu suchen.

Sonderbeauftragter **Göran Lennmarker** machte deutlich, dass es jetzt vorrangig darum gehen müsse, die Fakten zu klären, um auf dieser Basis eine zukunftssichere Lösung zu finden. Es gebe eine Vielzahl von unterschiedlichen Informationen, z. B. über ethnische Vertreibungen, das Ausmaß der Zerstörungen, und Plünderungen, deren Wahrheitsgehalt nur schwer feststellbar sei. Es komme jetzt zuerst darauf an, ein Netz unabhängiger Beobachter in Südossetien und Abchasien zu installieren, die Informationen sammeln und gleichzeitig durch ihre Anwesenheit den rückkehrenden Flüchtlingen Sicherheit geben könnten. Er halte es für notwendig, dass die Länder der Region durch eine verstärkte Kooperation ein System gegenseitiger Hilfe initiierten. Ziel müsse es sein, neue Konflikte zu verhindern. Inwieweit ein Katastrophenausschuss (Catastrophy Commission) hierbei hilfreich sein könne, halte er für diskussionswürdig.

Präsident **João Soares** begrüßte als Gastredner die georgische Außenministerin **Eka Tkeschelaschwili**, den Botschafter und Ständigen Vertreter der Russischen Föderation bei den Vereinten Nationen **Vitaly Churkin** sowie den ständigen Vertreter Finnlands bei der OSZE und Leiter der vom finnischen Außenminister gebildeten Task Force, Botschafter **Alexi Härkönen**.

Außenministerin **Eka Tkeschelaschwili** dankte für Möglichkeit, vor der Versammlung sprechen zu können und zeigte sich mit Sonderbeauftragten Lennmarker darin einig, dass eine intensive Faktensammlung der politische Analyse und Bewertung durch die internationale Gemeinschaft vorausgehen müsse. Die nähere Betrachtung der Ursachen des Konflikts habe oberste Priorität. Der Konflikt zwischen Georgien und Russland sei eine Belastung für die gesamte internationale Gemeinschaft. Eine daraus resultierende Handlungsunfähigkeit der internationalen Gemeinschaft oder ein Rückfall in den Kalten Krieg müsse unbedingt vermieden werden.

Sie verhehle nicht, dass in der gegenwärtigen Situation die Menschen in Georgien „echte“ Friedensverhandlungen mit Russland für eine Illusion hielten. Nahziel müsse daher sein, eine Stabilisierung der angespannten Lage zu erreichen. Dies sei aber nur möglich, wenn die Russische Föderation sich an die im Friedensplan getroffenen Abmachungen halte.

Der im Juni 1992 unterzeichnete und von den Vereinten Nationen überwachte Waffenstillstand durch Georgien und Russland habe die Präsenz einer 1500 Mann starken Friedenstruppe

mit je 500 Soldaten aus Georgien, Russland und Südossetien vorgesehen. Dieses Abkommen sei auch von der OSZE gebilligt worden. Der Fortbestand dieser Stationierung sei inzwischen absurd, denn die russische Armee könne nicht als „Peace Keeper“ in einem Konflikt agieren, an dem sie maßgeblich beteiligt sei. Sie plädiere daher dafür, dass keine russischen Truppen mehr an Friedensmissionen in der Region beteiligt würden.

Georgien habe, um den Waffenstillstand von 1992 nicht zu gefährden, viele Provokationen von Seiten Russlands, wie z. B. wiederholte Eingriffe in den georgischen Luftraum oder vereinzelte Bombardements auf verschiedene georgische Einrichtungen, hingenommen. Der Konflikt sei von russischer Seite lange vorbereitet worden, z. B. indem an die Bevölkerung in Südossetien und Abchasien russische Pässe ausgegeben worden seien. Gleiches geschehe in der Ukraine, wo die russischstämmige Bevölkerung im Osten flächendeckend mit russischen Pässen versorgt werde. Auf diese Weise sei die Region über Jahre hinweg systematisch destabilisiert worden. Sie wolle darauf hinweisen, dass dieses Verhalten auch für Mitgliedstaaten der Europäischen Union, zum Beispiel für Estland, eine Gefahr darstellen könnte. Bis zuletzt habe die georgische Regierung die Hoffnung auf eine friedliche Beilegung nicht aufgegeben und sich in Geduld geübt. Der Angriff auf die südossetische Hauptstadt Zchinwali sei nur eine Reaktion auf anhaltende Provokationen seitens russischer Truppen gewesen. Zudem habe Georgien damit auf die massive Unterstützung der Rebellen durch Moskau reagiert.

Insbesondere in Südossetien habe sich eine aus Osseten, Russen und Georgiern bestehende Gesellschaft ausgebildet, die auf eine friedliche Zukunft gehofft habe. Durch die gewaltsame, völkerrechtswidrige Intervention der Russen sei diese Gemeinschaft unwiederbringlich zerstört worden. Der Konflikt habe aber auch eine nicht zu übersehende ethnische Komponente. Nach VN-Angaben seien mehr als 158.000 Menschen in die Flucht getrieben worden. Georgien selbst gebe es mehr als 98.000 und in Südossetien 30.000 Vertriebene, habe das VN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) mitgeteilt. Weitere 30.000 Menschen seien nach Russland geflüchtet.

Um eine nachhaltige Lösung des Konflikts herbeizuführen, sei Transparenz über die wahren Beweggründe der einzelnen Akteure unabdingbar. Die Russen hingegen versuchten durch ihre Aktionen ihre wahren Absichten zu vertuschen. Nach Ansicht der georgischen Außenministerin sei offensichtlich, dass die russische Regierung entschlossen ist, ihren Machtbereich auszuweiten. Die massiven Militäraktionen stellten auch eine Warnung an den Westen und

die NATO-Mitglieder dar. Russland wolle keine NATO-Mitglieder als Nachbarstaaten dulden. Russland habe vielleicht nicht die Absicht, Georgien militärisch unter seine Kontrolle zu bringen, aber es wolle das Land dominieren und der Welt seine Macht demonstrieren. Die russische Regierung wolle vor allem auch den USA zeigen, dass der Kaukasus zur legitimen russischen Einflussphäre gehöre. Diese Beweggründe würden von Russland aber nicht offen ausgesprochen.

Sie danke der Europäischen Union für ihre Vermittlung unter der Führung des französischen Präsidenten Sarkozy. Die georgische Regierung werde alles Nötige veranlassen, um den Sechs-Punkte-Plan umzusetzen. Sie hoffe, dass auch Russland seine bisherige Position aufgeben und Schritte einleite, die zu einer Lösung des Konflikts führten.

Für die Zukunft sei zuerst die Einhaltung des Waffenstillstandes wichtig; danach kämen der Wiederaufbau des zerstörten Teils des Landes und die Schaffung von Sicherheit für Georgien. Am Besten gelinge dies unter der Schirmherrschaft der internationalen Gemeinschaft unter Einhaltung der eingegangenen internationalen Verpflichtungen. Georgien werde den eingeschlagenen demokratischen Weg fortsetzen und verknüpfe dies auch mit dem Wunsch, in konstruktiver Zusammenarbeit die Bindungen zur Europäischen Union zu stärken.

Botschafter **Vitaly Tschurkin** stellte in seiner Rede vor der OSZE PV demgegenüber klar, dass das Eingreifen Russlands in den Regionen Abchasien und Südossetien ausschließlich dem Schutz der dortigen Bevölkerung und den eigenen Friedenstruppen vor der Gewalt georgischer Truppen gedient habe. Die Aggression in diesem Konflikt sei von Georgien und nicht von Russland ausgegangen. Die russischen Friedenstruppen seien bisher die Sicherheitsgaranten im Kaukasus gewesen. Russland werde auch in Zukunft die Sicherheit in der Region gewährleisten. Die Menschen in den georgischen Provinzen Abchasien und Südossetien hätten sich entschieden, nicht in einem Staat Georgien leben zu wollen. Dies dürfe nicht ignoriert werden. Russland stelle sich nicht gegen den Einsatz einer internationalen Friedenstruppe, aber er könne verstehen, wenn Abchasen und Süd-Osseten nur den russischen Friedenssoldaten vertrauten. Die Anerkennung der Unabhängigkeit von Südossetien und Abchasien sei auch aufgrund des Wunsches der Bevölkerung in Südossetien und in Abchasien nach Freiheit getroffen worden. Dieser Schritt entspreche der VN-Charta und dem Völkerrechtsprinzip von 1970 über zwischenstaatliche freundschaftliche Beziehungen, dem Helsinki-Dokument OSZE von 1975 sowie anderen internationalen Dokumenten.

Die Intervention Russlands, vor der Georgien vorher ausdrücklich gewarnt worden sei, habe zum Ziel gehabt, die in Südossetien lebenden russischen Staatsbürger vor den georgischen Truppen zu schützen und der allgemeinen Verpflichtung zum Schutz eigener Staatsbürger nachzukommen. Die Anschuldigungen, in einen souveränen Nachbarstaat einmarschiert zu sein, um damit den Sturz der demokratisch gewählten Regierung in Tiflis herbeizuführen, entbehrten jeder Grundlage. Die russische Armee agiere lediglich und weiterhin auf der Basis des Mandates, das sie von der internationalen Gemeinschaft bekommen habe.

Der französische Entwurf einer VN-Resolution zum Krieg um Südossetien, der eine sofortige Einstellung aller Feindseligkeiten in Georgien und den Abzug russischer Truppen vorsehe, weise zahlreiche Unzulänglichkeiten auf. Aus diesem Grund habe Russland den Resolutionsentwurf ablehnen müssen.

Der von Nicolas Sarkozy auf den Weg gebrachte Friedensplan - der die Basis für die VN-Resolution bilde - sehe vor, dass die russischen Friedenstruppen zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen ergreifen könnten. Diese würden Russland ermöglichen, auch Soldaten in sogenannten „Pufferzonen“ solange im georgischen Kernland zu belassen, bis eine internationale Mission in diesem Gebiet installiert sei und damit die Konfliktparteien getrennt würden. Russland halte diesen Sechs-Punkte-Plan streng ein. Die Zusatzvereinbarungen zum Sechs-Punkte-Plan vom 8. September 2008 sähen auch den Abzug der russischen Friedenstruppen aus dem Kerngebiet Georgiens bis Mitte Oktober vor. Zusätzlich sollten Gespräche über internationale Kontrollmechanismen zur Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität in der Region stattfinden.

Russland akzeptiere hierbei den Einsatz jener OSZE- und VN-Missionen in den beiden Provinzen, die dort vor dem Krieg tätig gewesen sind und es werde seine Friedenstruppen ab dem 10. Oktober 2008 zurück-, aber nicht abziehen. Dies entspreche im Übrigen auch einem Wunsch der Präsidenten und Parlamente von Südossetien und Abchasien.

Botschafter Churkin lobte im Weiteren das Engagement der Europäer. Besonders hob er den Einsatz des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy hervor, der den georgischen Präsidenten Saakaschwili von der Sinnhaftigkeit eines Gewaltverzichts überzeugt habe. Russland setze großes Vertrauen in die Krisenarbeit der Europäischen Union. Es hoffe zudem, dass durch die humanitäre Hilfe Russlands für Südossetien in absehbarer Zeit die zahlreichen

Flüchtlinge nach Transkaukasien zurückkehren sowie Frieden und Vertrauen in der Region wieder hergestellt werden könnten. Er bedauerte in diesem Zusammenhang, dass das von Russland ins Gespräch gebrachte Waffenembargo gegen Georgien auf so wenig Zustimmung treffe. Er sehe in der geplanten Militärhilfe der USA an Georgien daher den Zweck, das Land weiter aufzurüsten.

Kassym-Jomart Tokayev (Kasachstan) betonte in seinem Beitrag, dass die Parlamentarische Versammlung der OSZE - neben den Vereinten Nationen - „die“ Plattform für einen konstruktiven Meinungs-austausch darstelle, auch und gerade für hohe Repräsentanten der beiden Konfliktparteien. Es müsse festgehalten werden, dass der Konflikt von georgischem Territorium ausgegangen sei. Einen Krieg könne niemand gebrauchen und es sei darum wichtig, alle politischen Instrumente zur Lösung des Konflikts auszuschöpfen. Es werde lange Zeit brauchen, das mit der ausgelösten Tragödie verloren gegangene Vertrauen wiederherzustellen. Hierbei mitzuhelfen sei eine Aufgabe der OSZE PV. Kasachstan sei bereit, hierbei eine Brückenfunktion zu übernehmen. Gegenseitige Schuldzuweisungen und einseitige Interpretationen halte er für fehl am Platz, denn sie führten zu nichts und erschwerten die Lösungssuche in dem anstehenden Friedensprozess. Jetzt sei die Stunde der Parlamentarier. Kasachstan begrüße die geschlossene Vereinbarung zwischen der EU und Russland, insbesondere die Entsendung von Beobachtern in die Region. Nun gelte es, das Abkommen ohne Vorbedingungen umzusetzen.

Kasachstan habe sich immer für die territoriale Integrität und Selbstbestimmung der Völker ausgesprochen. Der Schutz dieser Prinzipien fordere jedoch ein höchst verantwortungsbewusstes Verhalten und die Einhaltung aller eingegangenen internationalen Verpflichtungen. Kasachstan - das sich in Vorbereitung auf seine Präsidentschaft der OSZE in besonderer Weise verantwortlich fühle - habe allen Beteiligten Hilfe angeboten. Sein Land sei zudem bereit, sich aktiv an der OSZE- Mission zu beteiligen.

Botschafter **Alexi Härkönen** (Ständiger Vertreter Finnlands bei der OSZE und Leiter der vom finnischen Außenminister gebildeten Task Force) würdigte die Rolle, die die OSZE PV in der gegenwärtigen Krise spielen könne. Gleiches gelte für die Arbeit des Sondergesandten **Göran Lenmarker**, der helfe, die Dialogbereitschaft zu fördern und damit den Friedensplan umzusetzen. Auch der derzeitige Vorsitzende der OSZE, Außenminister **Alexander Stubb**, habe sofort zu Beginn des Ausbruchs der Feindseligkeiten die Region und die Kontrahenten

aufgesucht, u. a. mit Frankreichs Außenminister **Bernhard Kouchner**, und sich für eine Beendigung der kriegesischen Handlungen und einen Waffenstillstand eingesetzt.

Er begrüßte den Beschluss der Parlamentarischen Versammlung, zusätzliche Beobachter in die Region zu entsenden. Er kritisierte, dass trotz Unterzeichnung des Friedensplans die in Südossetien stationierten acht Beobachter der OSZE bisher nicht zurückkehren durften. Das Büro sei verwüstet und geplündert und die vorhandenen Fahrzeuge gestohlen worden.

Es komme jetzt darauf an, zusammen mit den Vereinten Nationen, der OSZE, der EU und anderen Beteiligten eine Plattform zu finden, von der aus stabilitätssichernde Maßnahmen in Südossetien und Abchasien ergriffen werden könnten. **Knut Vollebæk** (Hoher Kommissar für nationale Minderheiten der OSZE) habe vom 14. bis zum 20. September 2008 Georgien besucht und sich über die Lage der ethnischen Minderheiten in Georgien nach der militärischen Auseinandersetzung mit Russland informiert. Der Zutritt zu Südossetien sei ihm verweigert worden. Vollebæk habe dazu aufgerufen, sich an die eingegangenen Vereinbarungen zu halten.

Als positiv erachte er, dass die Rolle und die Funktion der OSZE von keiner Seite infrage gestellt worden sei. Im Gegenteil, die teilnehmenden Staaten hätten die OSZE mit neuen Verantwortlichkeiten ausgestattet. Das bedeute, dass die Organisation weiterhin ihre Möglichkeiten im Rahmen ihres Konfliktmanagements nutzen werde. Es komme jetzt darauf an, alles zu versuchen, damit sich nicht wieder ein neuer eingefrorener Konflikt entwickelt.

Jerahmiel Grafstein (Kanada) dankte für die Beiträge und forderte dazu auf, die Gespräche in einer Atmosphäre gegenseitigen Respekts zu führen und sich dabei der eingegangenen Verpflichtungen bewusst zu sein.

Anne-Marie Lizin (Belgien) stellte fest, dass es im Georgienkonflikt auch um die Zukunft der europäischen Sicherheit als solcher gehe. Die OSZE trage eine große Verantwortung und habe den Schlüssel für eine friedliche Zukunft der Region in der Hand. Sie begrüßte die schnelle Reaktion der französischen Präsidentschaft in der EU, die zu dem Sechs-Punkte-Plan geführt habe. Es sei zu überlegen, ob eine Gruppe von Parlamentarierinnen und Parlamentarier der OSZE PV nach Moskau und Tiflis reisen solle, um nach den Gesprächen eine Art „Road Map“ vorzulegen, mit einem Fahrplan für das weitere Vorgehen.

Alexander Kozlovskiy (Russland) stellte klar, dass Russland nicht der Aggressor in diesem Konflikt gewesen sei. Russland habe kein Interesse an einem Krieg in dieser Region. Russische Parlamentarier hätten sofort nach Ausbruch der Kämpfe die Konfliktregion besucht, um sich selbst ein Bild zu machen. Er stimme der Auffassung zu, dass eine friedliche Lösung nur durch internationale Zusammenarbeit zu erreichen sei. Russland werde allerdings auch weiter die neuen Verbindungen stärken, um die Stabilität in der Region zu fördern. Er erinnerte daran, dass er bereits in der Vergangenheit auf die Konfliktpotentiale in dieser Region hingewiesen habe. Diese Hinweise seien jedoch ignoriert und nicht von der Versammlung diskutiert worden. Nachdem Blut geflossen sei, hätten sich die Medien einseitig auf die Seite Georgiens gestellt und die Tatsache verdreht, dass nicht Russland, sondern Georgien der Aggressor gewesen sei.

Kimmo Kiljunen (Finnland) stellte fest, dass der Friedensvertrag von 1992 gebrochen worden sei. Allerdings sei nicht klar erkennbar, wer der Aggressor gewesen ist. Er unterstütze daher die Ursachenforschung und rufe die Konfliktparteien auf, diese nicht durch intransparentes Verhalten zu erschweren.

Paul-Eerik Rummo (Estland) wies auf bisherige Vereinbarungen hin und stellte fest, dass es keinen Rechtfertigungsgrund gebe, unabhängige und souveräne Staaten anzugreifen. Er sei der Auffassung, dass die Autorität der OSZE durch den Konflikt gelitten habe.

Oleg Bilorus (Ukraine) erklärte, dass ein solcher Konflikt nach den bisherigen internationalen Abmachungen gar nicht hätte ausbrechen dürfen. Er könne nur nochmals dazu aufrufen, die im Rahmen der OSZE eingegangenen Verpflichtungen auch einzuhalten. Er rege an, einen Beschluss zu fassen, in dem noch einmal die wichtigsten Forderungen an die Konfliktparteien aufgenommen werden sollten.

Audronius Azubalis (Litauen) äußerte die Befürchtung, dass Europa nach der russischen Aggression nicht mehr dasselbe sei. Sein Land spreche sich für ein gemeinsames Krisenmanagement aus, damit in Zukunft solche Konflikte vermieden werden könnten.

Lasha Zhvania (Georgien) sprach die Warnung aus, dass nun kein Land mehr vor einer Intervention sicher sein könne. Russland stelle eine Gefahr für die internationale Sicherheit dar.

An der Debatte über den Konflikt in Georgien beteiligten sich im Weiteren Delegierte aus Griechenland, Kanada, Italien, Norwegen, Litauen, Großbritannien, Aserbaidshan, Albanien, Spanien, Polen, Belgien, Frankreich, Kasachstan, Luxemburg und Armenien. Die Beiträge befassten sich sowohl mit der „Schuldfrage“, der Rolle der OSZE als auch mit internationalen Konfliktlösungsansätzen. Einig waren sich die Delegierten darin, dass es jetzt vorrangig darum gehe, Ursachenforschung zu betreiben und dass der Friedensplan vollständig umgesetzt und Gespräche über die Zukunft der Region aufgenommen werden müssten.

In seinem Schlusswort verteidigte Botschafter **Vitaly Churkin** nochmals das Vorgehen Russlands, das er für verhältnismäßig halte. Geschichtlich gesehen sei die Unabhängigkeit Ossetiens und Abchasiens begründeter als die des Kosovo. Russland erkenne die Souveränität Georgiens an, aber auch die von Südossetien und von Abchasien. Russland habe sich immer zur territorialen Souveränität bekannt und sie auch geachtet, wie das Beispiel Kosovo zeige. Russland ziehe sich nicht hinter einen eisernen Vorhang zurück, sondern werde vielmehr von diesem eingekreist, wenn man sich die Expansion der NATO und das Raketenabwehrsystem vor Augen halte. Der Vorwurf, dass Russland Beobachtern den Zugang verweigere, sei haltlos, denn in Südossetien seien humanitäre Hilfsmaßnahmen angelaufen, für deren Mitarbeiter keine Beschränkungen bestünden. Die Tatsache, dass Georgien weiter aufrüste, werde oftmals unterschlagen. Er halte daher ein Waffenembargo gegen Georgien für sinnvoll und kündigte an, dass Russland einen entsprechenden Vorschlag in den Sicherheitsrat einbringen werde.

Er betonte, dass Russland keine unlauteren Absichten - wie oft behauptet - gegenüber der Ukraine habe. Gleiches gelte auch für Litauen, dessen Unabhängigkeit Russland schon lange anerkannt habe. Die Aufstellung von Raketen, wie z. B. gerade in Polen beschlossen, halte er allerdings nicht für einen Vertrauensbeweis Russland gegenüber.

Außenministerin **Eka Tkeschelaschwili** dankte für die interessante Diskussion, die gezeigt habe, dass es wichtig sei, einen „kühlen Kopf“ zu bewahren. Trotzdem sei ihr bange, wenn sie in die Zukunft blicke und sich die Forderungen an Georgien vor Augen halte, die es nach Auffassung Russlands erfüllen solle. Russland verweigere sich einer rationalen Analyse der Geschehnisse und auch der Folgen. Für sie heiße das Schlüsselwort Transparenz. Das bedeute, dass für Beobachter das gesamte Territorium zugänglich sein müsse, um auch über ethnische Vertreibungen, Zerstörungen und die Schwierigkeiten berichten zu können, vor denen die Flüchtlinge bei ihrer Rückkehr stünden. Zur Transparenz gehöre auch, dass die acht OS-

ZE-Beobachter in die Lage versetzt werden müssten, nach Südossetien zurückzukehren. Dass Russland dies bisher nicht gestattet habe, zeige, dass Transparenz von Seiten Russlands lediglich ein Lippenbekenntnis sei.

V.2 Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Die Sitzung wurde vom Vorsitzenden des 2. Ausschusses Petros Efthymiou (Griechenland) geleitet. Diskussionsgegenstand des Ausschusses war das Thema „Handel in einer offenen Welt“. Der Vorsitzende machte deutlich, dass das Thema vor dem Hintergrund der gegenwärtigen globalen krisenhaften Auswirkungen auf die Weltwirtschaft von hoher Bedeutung sei. Hätten zuvor hohe Ölpreise zu Preissteigerungen bei Lebensmitteln und zu inflationären Tendenzen geführt, so seien es jetzt die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise, die den Volkswirtschaften zusetze. Steigende Arbeitslosigkeit und die Möglichkeit einer weltweiten Rezession seien weiterhin akute Gefahren.

Prof. **Debra Steger** von der Universität Ottawa und Direktorin des EDGE (Emerging, Dynamic, Global Economies) Network, überschrieb ihr Referat mit dem Titel „Die Bedeutung von offenen Volkswirtschaften: Lehren aus der Geschichte“. Sie schnitt im Weiteren die Krise der Weltwirtschaft an unter Berücksichtigung der Volatilität des Marktes, des Ölpreises, die Lebensmittelkrise und der steigenden Arbeitslosigkeit. Sie machte deutlich, dass als Antwort auf diese weltweite Krise es die Wahl zwischen internationaler Zusammenarbeit und unilateralem Handeln, d. h. Öffnung der Märkte versus Protektionismus, gibt. Es gebe in der gegenwärtigen Krise die Tendenz, eher unilateral zu handeln und nationale Arbeitsplätze sowie die einzelnen Volkswirtschaften vor dem globalen Markt und seinen Herausforderungen zu schützen. Sie gehe davon aus, so ihr Schlusswort, dass die makroökonomischen Turbulenzen nach einer langen Zeit des wirtschaftlichen Wachstums noch anhalten würden. Die mit der Globalisierung der Wirtschaft einhergehenden „Gewinne“ sollten jedoch in Zeiten der Krise nicht vergessen werden.

Paul Evans, Geschäftsführer der Asian Pacific Foundation in Kanada, konzentrierte sich in seinem Grundsatzreferat auf die Beziehungen der OSZE zu Asien. Er stellte fest, dass einige Volkswirtschaften in Asien mit einer enormen Geschwindigkeit wüchsen und dass diese sich zu immer gewichtigeren Handelspartnern entwickelten. Die OSZE, so habe er z. B. mit Blick auf die auf der koreanischen Halbinsel vorhandenen Probleme erfahren, könne zugleich ein

Modell und eine Inspiration für Asiens Zukunft sein. Wenn über eine „offene Welt“ gesprochen werde, müsse klar sein, dass es sich hierbei um mehr als eine liberale Agenda für mehr Wirtschaftsfreiheit und um aufnahmebereite Gesellschaften handele. Eigentlich sei damit eher gemeint, dass es die Bereitschaft geben sollte, eine neue internationale Ordnung anzuerkennen, die sich nicht mehr an den Erfahrungen und Praktiken vergangener Zeiten orientiere. Hierzu gehöre auch die Anerkennung des asiatischen Einflusses in der heutigen Welt.

In der nachfolgenden Diskussion ergriffen zwölf Parlamentarierinnen und Parlamentarier das Wort. Sie sprachen sich generell gegen protektionistische Maßnahmen aus, wiesen aber darauf hin, dass die sozialen Folgen der Krise beachtet werden müssten. Nicht alle Länder hätten im gleichen Maße an einem gemeinsamen Welthandel teilnehmen können. Es werde darauf ankommen, den Welthandel um die Komponenten Solidarität und Fairness zu ergänzen.

Der **Vorsitzende** machte in seinem Schlusswort deutlich, dass Offenheit in wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen den Grundstein für die Entwicklung von Zivilisation bildet. Das Chaos auf den Finanzmärkten zeige aber auch das Dilemma der Offenheit. Eine ungezügelterte Offenheit berge erhebliche Gefahren in sich für Anleger, für Arbeitsplätze und für die Volkswirtschaften. Er könne sich gut Offenheit unter einer Aufsichtsinstitution vorstellen, die gleichzeitig auch auf die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards achte. Der **Vorsitzende** wies abschließend auf die im Mai 2009 stattfindende Wirtschaftskonferenz der OSZE PV in Dublin hin. Die Herbsttagung 2009 werde in Athen stattfinden und sich schwerpunktmäßig mit dem Thema „Energiesicherheit“ befassen.

V.3 Sitzung Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte

Die Sitzung des 3. Ausschusses wurde von dessen stellvertretender Vorsitzenden Walburga Habsburg Douglas eröffnet.

Janez Lenarcic, Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) stellte in seinem Vortrag die Bedeutung der Parlamentarierinnen und Parlamentarier als Vermittler bei der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen heraus. Er halte eine Unterscheidung von „alten“ und „neuen“ Demokratien nicht für sinnvoll, denn alle Länder sollten sich an diesen Verpflichtungen orientieren. Er dankte den Parlamentariern der OSZE PV für ihren Beitrag auf dem Gebiet der Wahlbeobachtung und bei der Weiterverfolgung der OSZE-Missionen. Janez Lenarcic wies besonders auf die Berichte und Empfehlungen von ODIHR in

Bezug auf die Bekämpfung des Menschenhandels, für mehr Toleranz und zur Antidiskriminierung hin und empfahl sie als relevant für die Arbeit der Versammlung.

In der Diskussion zu dem Vortrag kamen insbesondere Themen wie die Rekrutierung von Wahlbeobachtern und das Problem der doppelten Standards zu Sprache. Die Parlamentarier diskutierten ebenfalls über die Umsetzung des Aktionsplans zur Gleichstellung bei ODIHR und über die Schwierigkeiten bei der Auslieferung von Kriegsverbrechern.

Ratna Omidvar, Vorsitzende des Toronto Region Immigrant Employment Council, legte ihren Vortragsschwerpunkt auf das Thema „Migranten in Kanada“. Im Gegensatz zu anderen Ländern handle es in Kanada nicht um ein „schwieriges“ politisches Thema. Sie wies darauf hin, dass Migranten in diesem Land auf gut entwickelte Strukturen treffen, sowohl bei den übergeordneten als auch bei den lokalen Behörden. 50 % der Einwohner Torontos habe z. B. einen Migrationshintergrund. Insbesondere die zweite Generation der Einwanderer sei gut integriert und man könne sie sowohl in allen Lebensbereichen als auch in den entsprechenden Führungspositionen finden. Integrationspolitik könne allerdings immer neue Ideen brauchen. Abschließend sprach Ratna Omidvar sich dafür aus, dass Städte, die einen hohen Anteil an Einwanderern hätten, ein Netzwerk zum gegenseitigen Nutzen bilden sollten.

Peter Schatzer, Direktor IOM (International Organization for Migration) richtete den Fokus seines Vortrags auf die Mittelmeerregion. Dort sei gegenwärtig ein massiver Anstieg von illegalen Migranten zu verzeichnen. Die Bootsflüchtlinge, die die Küsten Italiens und Griechenlands erreichten, bildeten nur die - medial ausgeschlachtete – Spitze. Die meisten illegalen Einwanderer reisten mit einem Touristenvisum oder gefälschten Papieren ein. Besondere Probleme bereite die hohe Zahl illegaler und unbegleiteter Minderjähriger. Meistens scheiterten die Versuche, diese wieder in ihre Heimatländer abzuschicken, weil die Jugendlichen ihre Identitätspapiere vernichtet hätten und die Familien sich scheuten, die finanziellen Belastungen für die Erziehung der Kinder zu tragen. Bemerkenswert sei, dass sich immer mehr Frauen unter den illegalen Einwanderern befänden. Peter Schatzer hob abschließend die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet hervor und betonte, dass eine Balance zwischen dem Recht auf Migration und legitimen Sicherheitsinteresse gefunden werden muss.

In der Diskussion sprachen die Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Themen Auswirkungen von Migration auf die demographische Entwicklung eines Landes, die Notwendigkeit des internationalen Dialogs und andere mit Migration zusammenhängende Problematiken an.



Hans Raidel

(Amtierender Leiter der deutschen Delegation in der OSZE PV)